

Der Werkplatz Schweiz ist in Gefahr

Wir müssen jetzt den Werkplatz stärken und die Auslagerung der Arbeitsplätze ins Ausland verhindern. Der Bundesrat hat dabei eine blamable Vorstellung geboten. Zuerst kündigte er ein Paket von 2 Milliarden an. Am Schluss gebar der Berg eine Maus: Lächerliche 870 Millionen Franken sollen vielleicht aufgeworfen werden, um unsere Arbeitsplätze in der Industrie zu verteidigen. Soviel wie 4 Kampfflugzeuge der neuesten Generation kosten. Einmal mehr hat sich das wahre Gesicht des Bundesrates gezeigt, gegen den Werkplatz Schweiz – für eine Schweiz, die vom Finanzplatz regiert wird!

Derzeit reden alle Politikerinnen und Politiker und auch viele Unternehmer von der „Euro-Krise“. Tatsache ist: Der Franken hat sich gegenüber vielen Währungen (insbesondere Dollar, Pfund und Euro) in den letzten zwölf Monaten deutlich aufgewertet. Niemand kann mit Gewissheit sagen, wie diese Entwicklung in den kommenden Monaten (und gegebenenfalls Jahren) weiter geht. Klar ist jedenfalls: Diese extremen Kursausschläge sind sehr problematisch und gefährden unsere Industriearbeitsplätze. Eine Reihe exportorientierter Unternehmen leidet unter der derzeitigen Franken-Stärke; das ist überhaupt nicht zu bestreiten.

Dennoch sollten dabei ein paar Dinge nicht aus den Augen verloren werden: Kaum ein Unternehmen lebt „allein“ vom Export. Ausserdem: Die Exporte vieler Unternehmen sind trotz des hohen Franken-Kurses auch 2011 weiter gestiegen. Gleichzeitig können viele Unternehmen über den verbilligten Einkauf von Vor- und Halbfertigprodukten den Frankenkurs zumindest teilweise wettmachen.

Und ein entscheidender Punkt: Der hohe Frankenkurs kann nicht durch Lohnverzicht oder Arbeitszeiterhöhungen „abgefedert“ werden. Politik und SNB sind hier in der Pflicht, nicht aber die Beschäftigten.

Bisher haben sich folgende Parteien mehr oder minder klar zu Wort gemeldet:

- Die Arbeitgeberverbände nutzen die Gunst der Stunde und propagieren flächendeckende Arbeitszeiterhöhungen und höhlen so die Sozialpartnerschaft aus.
- Die CVP will die Steuern für Familien senken. In welchem Umfang ist offen. Davon würden schwergewichtig Familien mit hohem Einkommen profitieren.
- Die SVP fordert durch Adrian Amstutz eine Senkung der Mehrwertsteuer für das gesamte Gastgewerbe auf 2.5 Prozent. Die Einnahmen-Verluste wären hoch.

Für die weiteren Debatten scheint es wichtig, dass Gewerkschaften und Linke mit klaren Positionen neue Mehrheiten suchen.

1. Die Nationalbank muss eine untere Grenze von 1.40 Franken pro Euro festlegen und diese mit allen Mitteln verteidigen. Dieses Signal weist die Spekulanten in die Schranken.
2. Bis dieses Ziel erreicht ist, sollen Exportunternehmen während eines Jahres zu diesem Kurs ihre im Export erwirtschafteten Euro – unter Berücksichtigung der Wertschöpfung in der Schweiz – wechseln können. Zu diesem Zweck habe ich im Juni im Nationalrat eine Motion Devisenschwankungsrisikoversicherung für KMU“, die durch eine Devisenspekulationssteuer finanziert wird, eingereicht.
3. Verbot von Eurolöhnen in der Schweiz. Auch dazu habe ich im Nationalrat eine dementsprechende Motion eingereicht.

Corrado Pardini, Nationalrat.

SP-Zytig Biel, September 2011.

Personen > Pardini Corrado, Werkplatz. SP-Zytig Biel, September 2011.doc.